

Die neue Volkspartei

Quo vadis, ÖVP?

Herbert Vytiska

Die Österreichische Volkspartei versucht, sich personell und inhaltlich neu zu positionieren und damit fit für die nächsten Wahlen zu machen. Geht es nach dem offiziellen Fahrplan, dann stehen 2009 die Wahlen zum EU-Parlament und spätestens 2010 jene ins nationale Parlament ins Haus.

Den Startschuss für das politische Fitnessprogramm der Volkspartei setzte ein Bundesparteitag Ende April. Was ursprünglich (nach den verloren gegangenen Parlamentswahlen im Herbst 2006) als Startbasis für einen „neuen Anfang“ gedacht war, wurde nach den ersten 100 Tagen der neuen Regierung zu einer selbstbewussten Darstellung als die treibende Kraft in der Regierung. Nicht nur dass die ÖVP kaum dazu gekommen ist, ihre Wunden zu lecken (und den Ursachen für das Absacken vom ersten auf den zweiten Platz bei den Wahlen gründlich nachzugehen), sie hat auch tatsächlich wieder sehr schnell Fuß gefasst. Dabei kommt ihr ein bislang ziemlich schwaches Agieren der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft und vor allem des Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer zugute. Durch fast alle Kommentare zieht sich daher auch der Tenor, dass die SPÖ zwar den Bundeskanzler stellt, die ÖVP aber regiert. Und auch in der öffentlichen Meinung rangiert die ÖVP vor der SPÖ. Genau hier liegt aber auch eine potentielle Gefahr, denn in der Politik kann sich sehr oft und sehr schnell das sprichwörtliche Blatt wenden. Um diesem Schicksal vorzukehren, ist man in der

ÖVP daher bemüht, neben der Regierungsarbeit nicht die Parteiarbeit zu vergessen und sich ein neues Profil zu geben.

Was von Schüssel bleibt

Wolfgang Schüssel war nicht unbedingt ein von seiner Partei geliebter, aber dafür geachteter Vorsitzender. Das mussten auch jene (Medien) zur Kenntnis nehmen, die ihm bis in die Gegenwart ziemlich kritisch gegenüberstehen und ihn am liebsten ins politische Exil schicken möchten. Aber wie so oft – die Beispiele reichen von Helmut Kohl bis Nicolas Sarkozy – ist letztlich nicht die veröffentlichte, sondern die öffentliche Meinung ausschlaggebend. Schüssel hat es seiner ÖVP allerdings auch nicht immer leicht gemacht und sie eine Achterbahn der Gefühle durchleben lassen.

Zunächst fiel die ÖVP 1999 erstmals in ihrer Geschichte auf den dritten Platz zurück, um 2000 die Wiederauferstehung als Bundeskanzler-Partei zu feiern. Dies war freilich nur möglich geworden, weil es Schüssel zustande brachte, dass die ÖVP – wiederum erstmals in ihrer Geschichte – eine Koalition mit der Haider’schen FPÖ einging. Entgegen vielen Erwartungen überlebte die von Schüssel geführte Regierung das Auseinanderbrechen der FPÖ, sackte aber trotz einer beachtlichen Regierungsbilanz bei den Wahlen 2006, nachdem man zwar das Macher-Image hervorgekehrt hatte, aber auf soziale Empfindsamkeiten zu reagieren vergaß, auf den zweiten Platz ab. Noch einmal stellte Schüssel sein strategi-

sches Talent unter Beweis, indem er nach den verloren gegangenen Wahlen aus den Regierungsverhandlungen als eindeutiger Sieger hervorging.

Molterer übernahm das Zepter in Regierung und Partei und tritt nunmehr in drei Gestalten, nämlich als Vizekanzler, Finanzminister und Parteiobmann, auf. Schüssel zog sich zwar nicht in den Ruhestand, aber in den Parlamentsklub zurück.

Koalitions-Präferenzen

Die SPÖ/ÖVP-Koalition ist alles andere als eine Liebesheirat, sie ist bloß mangels anderer verfügbarer Alternativen – die Freiheitlichen sind in ein blaues und ein oranges Lager gespalten, die Grünen verharren in einer selbst gewählten Resignation – ein Zweckbündnis. Die gegenseitigen Sticheleien und wechselseitigen Vorwürfe kennzeichneten bereits die Regierungsverhandlungen, schienen lange Zeit einem Regierungsbündnis echt im Wege zu stehen, sie wurden mit der Bildung der Koalitionsregierung aber auch nicht eingestellt, sondern sind ein steter Wegbegleiter der Koalitionsregierung. Zeitweise hat man den Eindruck, als würde sich die Regierung bereits selbst die Opposition machen.

Dass die Regierung eine volle Legislaturperiode hält, wird immer wieder infrage gestellt. Zweifel, dass SPÖ/ÖVP nach den nächsten Wahlen eine Neuaufklage erlebt, sind ebenfalls angebracht. Innerhalb der Volkspartei gibt es unverändert starke Strömungen, beim nächsten Mal eine schwarz-grüne Regierungskonstellation anzustreben. Diesem Wunschenken tut auch das großinquisitorische Agieren des von den Grünen gestellten Vorsitzenden im Eurofighter-Untersuchungsausschuss keinen Abbruch. Die Präferenz für Schwarz-Grün bedeutet aber nicht, dass ein neuerliches Bündnis mit dem freiheitlichen Lager deswegen auf längere Sicht abzuschreiben ist. Es gilt

unverändert auch als Option – für später einmal. Die Ära Jörg Haider wird als ein abgeschlossenes Kapitel betrachtet, dem FPÖ-Ableger Bündnis Zukunft Österreich gibt man nicht wirklich eine Zukunft, mit dem derzeitigen FPÖ-Führer Heinz-Christian Strache bestehen mehr als nur Berührungsprobleme, und so wartet man auf eine Wiedervereinigung der Freiheitlichen.

Wofür steht Molterer?

Welche Regierungspräferenz der neue Mann an der Spitze der ÖVP hat, weiß man von Wilhelm Molterer noch nicht. Seine Begeisterung für die neue Große Koalition dürfte sich in Grenzen halten und mit einer Äußerung von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein decken. Dieser, konfrontiert bei einem Regierungsausflug mit einer Schar gegen den roten Bundeskanzler demonstrierender Jungsozialisten, meinte lakonisch: „Ihr wollt diese Koalition nicht? Ich auch nicht.“

Molterer ist ein ganz anderer, durchaus offenerer Typ als Schüssel. Vor einem Jahr wurde er zwar immer wieder mit anderen Politiken als „papabile“ genannt, aber nicht unbedingt als der künftige Leader der Volkspartei gehandelt. Er stand immer ein wenig im Schatten des Bundeskanzlers und hat eher das Image des „treuen Dieners“. Umso überraschender war sein rascher und reibungsloser Wechsel vom Parlament in die Regierung, sein Aufstieg vom Fraktionsvorsitzenden zum Chef der ÖVP und der ÖVP-Regierungsmannschaft. Molterer will kein Übergangskandidat sein. Wobei ihm derzeit das öffentliche Erscheinungsbild des Koalitionsorchesters zugute kommt, zumal nicht der Dirigent (Bundeskanzler) sondern der Konzertmeister (Vizekanzler) tonangebend ist. Molterer will auch der ÖVP einen neuen Stempel aufdrücken. Nicht nur innerparteilich, auch nach außen hin ist er um Aufgeschlossenheit, Offenheit, Gesprächsfähigkeit, Libe-

ralität bemüht, ohne dabei Zweifel an seinen Standpunkten aufkommen zu lassen.

Personelle Signale

Mit der Wahl seiner insgesamt vier Stellvertreter/innen hat Molterer personelle Signale gesetzt und gezeigt, dass er es versteht, zwischen Landes- und Bündeinteressen einen Ausgleich zu finden und trotzdem die Partei offener zu gestalten. Umweltminister Josef Pröll, wie Molterer aus dem Bauernbund kommend, vielleicht etwas zu früh als „Kronprinz“ in die Öffentlichkeit gerückt und von der mächtigen Raiffeisenorganisation gepuscht, ist nicht mehr die einzige Zukunftshoffnung der ÖVP. Ob zu diesem Kreis die Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky – trotz der ihr schnell verliehenen Parteiweihen – wirklich zu zählen ist, muss sie erst unter Beweis stellen. Sie ist zwar öffentlich recht präsent, steht für Aussagen („Gratis-Kondome für Schüler“), die man bislang von der ÖVP nicht wirklich gewohnt war, entscheidend wird jedoch sein, was sie im Bereich der Gesundheits- und der Familienpolitik wirklich weiterbringt. Die schon bekannte Tirolerin Elisabeth Zanon und der fast aus dem Hut gezauberte Steirer Christian Buchmann stehen schließlich für die Personalreserve der Partei in den Bundesländern, die sich in diesen beiden Personen aber nicht erschöpft. Und das ist gut so, nachdem die absolute Mehrheit im „heiligen Land Tirol“ wackelt, mit der Steiermark und Salzburg erst in den letzten Jahren zwei Bundesländer an die SPÖ verloren gingen, die einstmals zur Haben-Seite der Volkspartei zählten, aber mitentscheidend sein werden, um jenem Anspruch gerecht zu werden, den der neue Bundesparteivorsitzende in seiner Parteitagsrede formulierte, nämlich nach den nächsten Wahlen wieder den Bundeskanzler zu stellen.

Die noch immer etwas wunde Flanke der ÖVP betrifft das, was man heute

schlagwortartig als „urbane Politik“ bezeichnet. Darauf attraktive Antworten und dafür zugkräftige Persönlichkeiten zu finden geht allerdings nicht nur den Arbeitnehmerflügel ÖAAB (Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer-Bund) etwas an, der einst antrat, um die Volkspartei zur „natürlichen politischen Heimat der Arbeitnehmer“ zu machen, sondern gilt heute, zumal die Kata-logisierung in Arbeitnehmer = SPÖ und Unternehmer = ÖVP längst Geschichte ist, auch für den Wirtschaftsbund und für die Gesamtpartei. Allerdings – und da besteht ein Manko – würde man gerade vom ÖAAB mehr kraftvolle, visionäre gesellschaftspolitische Vorstöße sowie neue, glaubwürdige Leitfiguren erwarten. Dafür wurde mit der eher unerwarteten Bestellung des Wiener ÖVP-Vorsitzenden Johannes Hahn zum neuen Wissenschaftsminister von Molterer aber ein Mann in Position gebracht, der der Partei helfen kann, in der Bundeshauptstadt, die immerhin ein Fünftel der österreichischen Wahlberechtigten stellt, aus ihrem Schattendasein herauszukommen und der – politisch im ÖAAB zu Hause, beruflich von der Industrie geprägt – das zu artikulieren sucht, was man heute eben unter moderner, aufgeschlossener Stadtpolitik versteht.

Abschied vom „C“?

Was die programmatische Erneuerung der Volkspartei betrifft, so wurden zwar Erwartungshaltungen geweckt, aber bislang nicht wirklich befriedigt. Auch der Parteitag blieb, weil letztlich der Schwerpunkt in erster Linie personelle Signale betraf, große programmatische Ansagen ausblieben, visionäre Reden erst gar nicht konzipiert und gehalten wurden, Antworten schuldig. Auf konkrete Ergebnisse muss daher wohl noch ein gutes halbes Jahr gewartet werden. Eine schon vor Wochen eingesetzte und unter der Leitung von Pröll stehende Kommission hat

sich jedenfalls an die Arbeit, auch schon durch erste unkonventionelle Vorschläge von sich reden gemacht – und die eine oder andere Verwirrung gestiftet.

Was ist daher konkret mit einem Entstauben gemeint, was wird darunter verstanden? Etwa der völlige Abschied vom „C“, das für ein christlich-demokratisches Weltbild steht? Das kann es nicht wirklich sein, denn die ÖVP war nie eine nur dem „C“ verpflichtete Partei. Bereits bei der Gründung der Partei 1945 hatte man – im Gegensatz zur CDU – bewusst darauf verzichtet, das „C“ in den Namen aufzunehmen. Die ÖVP wollte sich von Anbeginn für alle offen zeigen. Nicht nur für jene, die sich zu christlich-demokratischen Wertvorstellungen bekennen, sondern auch für jene, die sich einem humanistischen Weltbild, liberalem Gedankengut verpflichtet fühlen. Dass diese These, niedergeschrieben im 1972 beschlossenen „Salzburger Programm“, Orientierungsrichtlinie bleibt, gehört zu den Fixpunkten. Daneben aber ist vieles in Bewegung geraten. Bloß der inzwischen auch von einigen ÖVP-Politikern

offen artikulierte Wunsch, Abschied vom Dogma „Gesamtschule – nein danke“ zu nehmen, ersetzt noch nicht eine zeitgemäße Bildungspolitik. Auch die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist noch kein Beitrag, um die Geburtenrate zu erhöhen, und kein Lösungsansatz für die wahren Probleme der Familien.

Bei aller Notwendigkeit für Reformen darf die ÖVP nur nicht vergessen, ihre Unverwechselbarkeit zu bewahren. Wichtig wird daher sein, dass sich die Volkspartei nicht in der Erfüllung des Regierungstags verheddet, Popularität haschende Schlagzeilen produziert, sondern – basierend auf ihren Grundsätzen und Werten – Entwicklungen voraussieht, Problemfelder erkennt, unkonventionelle Lösungen andenkt sowie bereit ist, von überholten Vorstellungen Abstand zu nehmen, aber auch Bewährtes zu verteidigen. Erst wenn diese Aufgaben in Angriff genommen wurden, Konturen erkennbar sind, die handelnden Personen sich klar positioniert haben, kann es eine Antwort auf die Frage geben: Quo vadis, Volkspartei?

Schwerpunkt der Juliausgabe der Politischen Meinung bildet das Thema

Integration

mit Beiträgen von Edmund Heller, Roland Kaelbrandt, Christoph Kannengießer, Gottfried Leder, Berthold Löffler, Stefan Mückel, Karl-Heinz Nusser und Helmut Stahl.

Im Unterschwerpunkt

Frankreich

werden sich Christian Müller mit der Präsidentschaftswahl und Ulrike Ackermann mit der Rezeption des Kommunismus durch deutsche und französische Intellektuelle befassen.